

# Merkblatt über Aufwandsentschädigung nach §§ 1835, 1835a Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer<sup>1</sup>

Die Betreuung wird grundsätzlich unentgeltlich (ehrenamtlich) geführt. Als Betreuerin oder Betreuer können Ihnen jedoch Auslagen, die Ihnen durch die Wahrnehmung dieses Amtes entstehen, erstattet werden.

## 1. Pauschale Aufwandsentschädigung, § 1835a BGB

Die Aufwandsentschädigung gemäß § 1835a BGB beträgt zurzeit pauschal 400,00 € pro Jahr. Bei Geltendmachung dieses Betrages sind Belege dem Betreuungsgericht nicht vorzulegen.

Die Erstattung erfolgt jährlich, erstmals ein Jahr nach der Betreuerbestellung. Sie werden darauf hingewiesen, dass der Anspruch auf Festsetzung der pauschalen Aufwandsentschädigung erlischt, wenn Sie ihren Antrag nicht jeweils bis zum 31.03. des Folgejahres einreichen. Es handelt sich um eine **Ausschlussfrist**, nach deren Ablauf der Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden kann.

Beispiel:

Das Betreuungsjahr endet am 15.08.2009. Der Antrag ist bis zum 31.03.2010 zu stellen.

Ein Antragsformular erhalten Sie auf Anfrage. Der Antrag kann auch formlos gestellt werden.

## 2. Ersatz von Aufwendungen, § 1835 BGB

Falls Ihre Aufwendungen den Betrag von 400,00 € übersteigen, müssen Sie dieses detailliert nachweisen (Tag des Besuches, geführte Telefonate, Portoquittungen mit Angabe des Adressaten usw.) Bei Fahrten mit dem eigenen PKW werden 0,42 € pro gefahrenen Kilometer erstattet.

Die Ansprüche auf Ersatz der einzelnen Aufwendungen erlöschen, wenn sie nicht innerhalb von 15 Monaten nach ihrer Entstehung gegenüber der oder dem Betroffenen oder dem Betreuungsgericht geltend gemacht werden.

## 3. Wahlrecht

Es kann nur die Pauschale ohne Einzelnachweis oder die Erstattung der Auslagen beantragt werden. Wählen Sie die für Sie günstigere Alternative. **Die Wahl ist bindend.**

## 4. Erstattungsverfahren

Ist die oder der Betroffene **mittellos**, hat sie oder er also laufende Einkünfte unterhalb des Sozialhilfesatzes und kein Vermögen, das über dem Schonvermögen liegt, werden Ihre Auslagen auf Antrag aus der Landeskasse ersetzt.

---

<sup>1</sup> Dieses Merkblatt gilt sinngemäß auch für Vormund und Pflegerin beziehungsweise Pfleger.

Das Schonvermögen beträgt in der Regel 5.000 €.

Verfügt die oder der Betroffene über ausreichende **Einkünfte** oder ist **Vermögen** vorhanden, können Sie Ihre Aufwendungen mit Einzelnachweis (oben 2.) **ohne Antragstellung** sofort nach dem Entstehen aus dem Vermögen der oder des Betroffenen entnehmen. Haben Sie die pauschale Aufwandsentschädigung gewählt (oben 1.), können Sie diese nach Ablauf des Betreuungsjahres dem Vermögen der oder des Betroffenen entnehmen. Die Überprüfung erfolgt dann im Rahmen der Rechnungslegung oder Berichterstattung.